

Gute Besserung!

# **PPP als Finanzierungsmodell für kommunale Krankenhäuser**

Dr. Thomas Volland

6. Juni 2008, „Kommunales Infrastruktur-Management“, Berlin



**FRESHFIELDS BRUCKHAUS DERINGER**

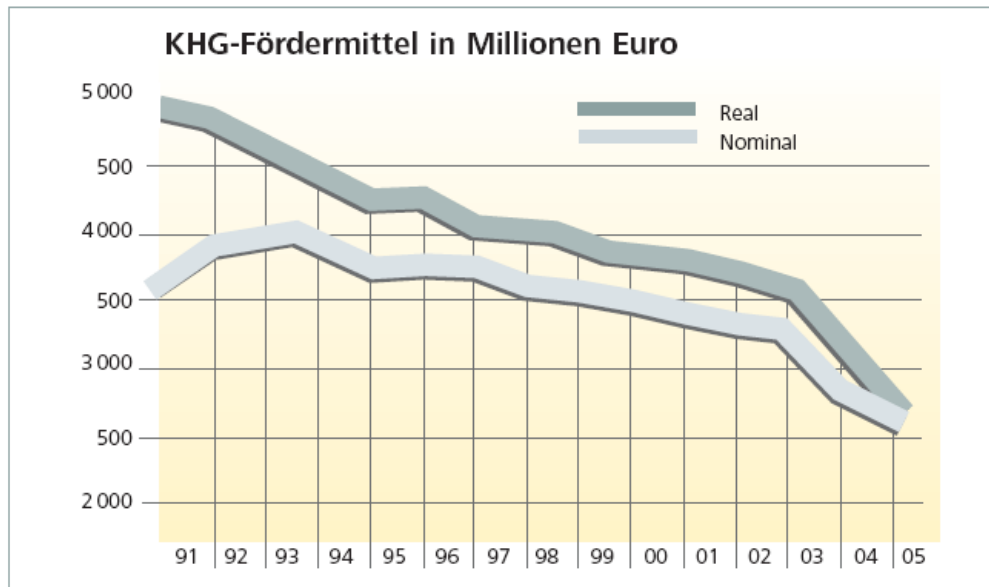
# Überblick

- Wirtschaftliche Situation
- Chancen von PPP im Krankenhaussektor
- Besonderheiten und Gestaltung von PPP im Krankenhaussektor
- Spezialfall Universitätskliniken
- Ausblick



# Wirtschaftliche Situation – Investitionsstau

- Voraussichtlich weitere Abnahme der Fördermittel



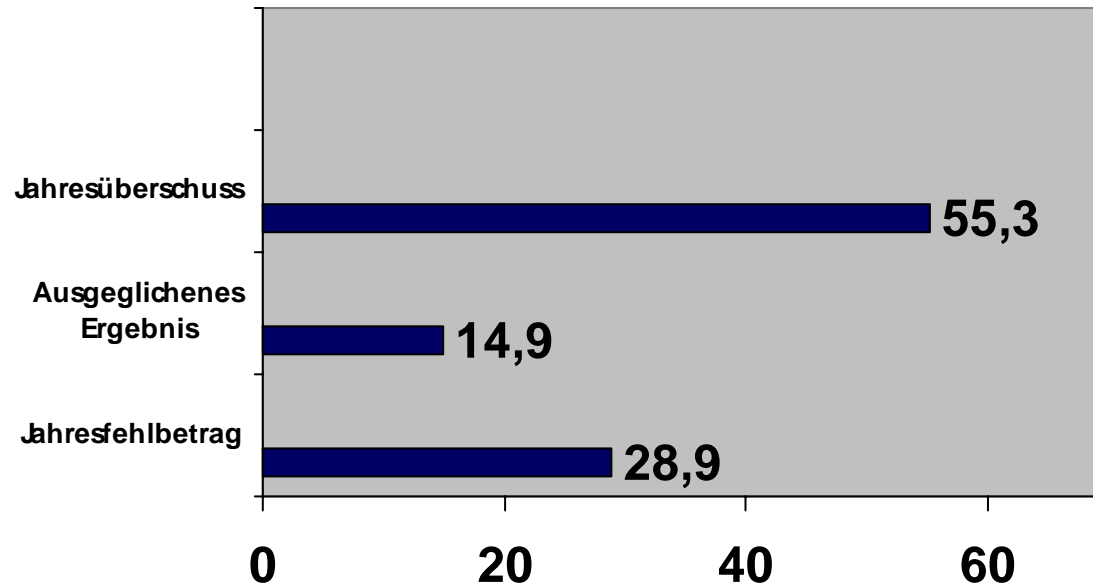
<b>KHG-Fördermittel</b>	Nominal	Real	Abb. 1
Rückgang p.a. seit 1991:	-2,1%	-3,3%	
Rückgang p.a. seit 1996:	-4,2%	-6,2%	

- Investitionsstau zwischen 20 und 55 Mrd. Euro

## Wirtschaftliche Situation – Defizitärer Betrieb

- Ca. 30 % der Krankenhäuser erwirtschafteten Verlust

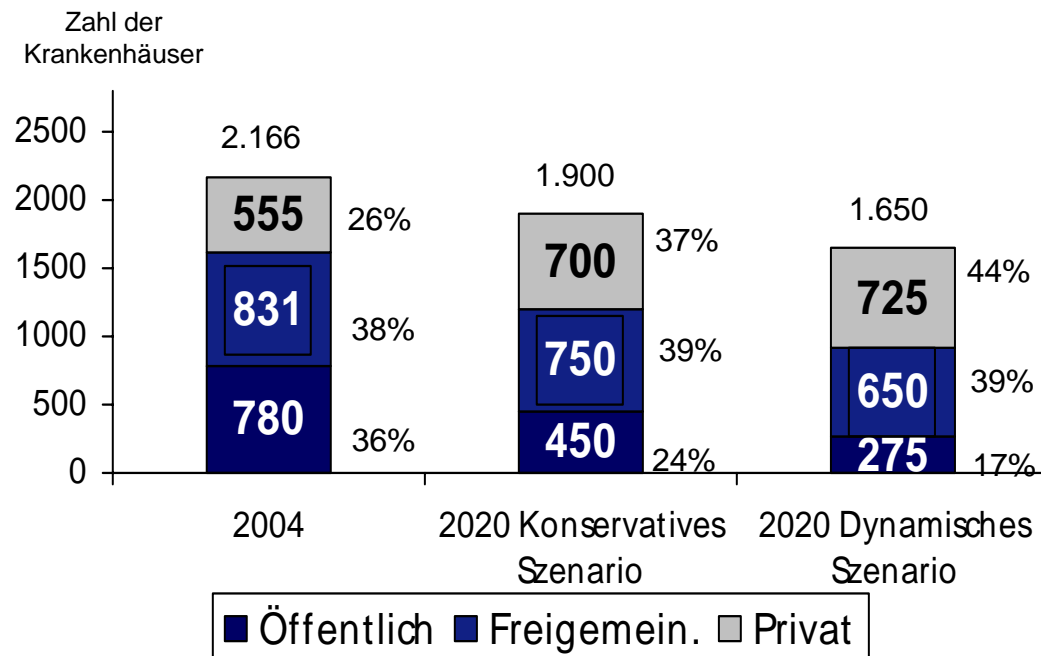
### Krankenhäuser in %



# Wirtschaftliche Situation – Privatisierung

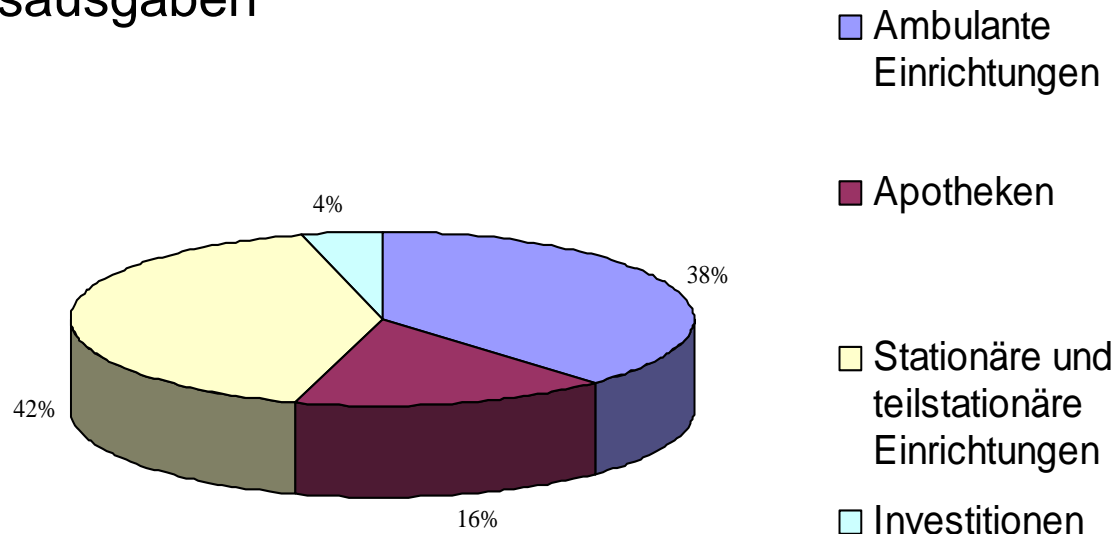
- Überproportional starke Zunahme privater Krankenhaussträger

Veränderung des Krankenhausmarktes bis 2020



## Wirtschaftliche Situation – Gesundheitsausgaben

- Hoher Anteil der stationären Versorgung an Gesamtheit der Gesundheitsausgaben



- Voraussichtlich weiteres Wachstum angesichts
  - Zunahme der Zahl älterer Patienten
  - Innovationen in Diagnostik und Therapie
  - Gestiegener Erwartungen an Qualität der Versorgung

# Überblick

- Wirtschaftliche Situation
- Chancen von PPP im Krankenhaussektor
- Besonderheiten und Gestaltung von PPP im Krankenhaussektor
- Spezialfall Universitätskliniken
- Ausblick



## Chancen von PPP im Krankenhaussektor

- PPP als mögliche Lösung der skizzierten Probleme und Alternative zur Privatisierung durch
  - Einbindung privaten Kapitals und Know-hows
  - Effizienzsteigerungen durch
    - ganzheitlichen Ansatz (Planung, Errichtung, Finanzierung, Betrieb)
    - optimierte Betriebsabläufe
    - Konzentration der Vertragspartner auf Kernkompetenzen
  - Optimale Risikoverteilung nach jeweiliger Beherrschbarkeit
  - Relativ sichere Grundfinanzierung





# Überblick

- Wirtschaftliche Situation
- Chancen von PPP im Krankenhaussektor
- Besonderheiten und Gestaltung von PPP im Krankenhaussektor
- Spezialfall Universitätskliniken
- Ausblick



# Überblick über die Besonderheiten von PPP im Krankenhaussektor

- Krankenhausplanung
- Duale Krankenhausfinanzierung
- Dynamik des Gesundheitswesens
- Diversifiziertes Tätigkeitsspektrum



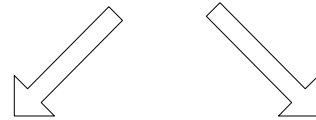
# Krankenhausplanung

- Aufnahme in Krankenhausplan ist Voraussetzung für
  - Zulassung zur Leistungserbringung in der GKV und damit
  - Erstattung der Behandlungs- und Betriebskosten
  - Staatliche Investitionsförderung
- Risiko des Ausscheidens aus dem Krankenhausplan infolge regelmäßiger Anpassungen der Planung
- Bewältigung des Risikos durch
  - Abstimmung der PPP mit der Planungsbehörde
  - Kurze Laufzeiten der PPP und Aufnahme von Änderungsklauseln
  - Beteiligung des privaten Partners an eventuellen Ausgleichszahlungen der Bundesländer im Falle des Ausscheidens aus dem Krankenhausplan



# Duale Krankenhausfinanzierung

2 Einkunftsquellen



## Behandlungs- und Betriebskosten

- Zahlung i. d. R. durch die gesetzlichen Krankenkassen
- Auf der Grundlage von Fallpauschalen (DRGs)

## Investitionskostenförderung

- Zahlung durch die Bundesländer
- Umfang der Mittel im Ermessen der Bundesländer (Haushaltshoheit)



## Behandlungs- und Betriebskosten

- Erstattung nach Diagnosis Related Groups (DRGs)
- DRGs = leistungsorientierte Fallpauschalen aufgrund landesweit gültiger Kostenwerte (Landes-Baserate)
- Regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Landes-Baserate
  - Im Falle von Effizienzsteigerungen ggf. Reduzierung der Landes-Baserate
- Folgen für die PPP
  - Problem stellt sich auch unabhängig von PPP
  - Reduzierung der Landes-Baserate erst, wenn Durchschnitt aller Krankenhäuser effizienter wirtschaftet
  - PPP-Vertrag sollte jedoch Klauseln zur Reaktion auf Änderungen der DRG-Vergütung vorsehen



# Investitionskostenförderung

- Abhängig von Aufnahme in den Krankenhausplan
- Auch für PPP möglich
- Voraussetzung: PPP-Inhabermodell
- Minimierung des anfallenden bürokratischen Aufwands durch
  - Enge Zusammenarbeit mit Förderbehörde bei Planung einer PPP
  - Anpassungen des Projekts möglichst nur im Rahmen der Zweckbindung



## Finanzierung der PPP

- Auszahlung der Erstattung von Behandlungs- und Betriebskosten sowie Investitionskostenförderung an öffentlichen Partner
- Vorab festgelegte Vergütung für privaten Partner
  - Z. B. Verfügbarkeitszahlung
  - Möglichkeit des privaten Partners zur Forfaitierung dieser Ansprüche
- Fremdkapital (insbesondere für Bauphase)
  - Unterstützung durch Kommune mittels Bürgschaft oder Garantie ermöglicht kommunalkreditähnliche Konditionen
  - Folge: Kostenreduzierung für das gesamte Projekt



# Dynamik des Gesundheitswesens

- Dynamische Entwicklung des Gesundheitswesens durch
  - Technische und medizinische Innovationen
  - Demographische Entwicklung
  - Gesetzgeberische Aktivitäten
- Fortlaufende Anpassung des Krankenhausbetriebs erforderlich
- Reaktion darauf durch
  - Kürzere Vertragslaufzeiten der PPP
  - (Entgelt-) Anpassungsmechanismen





## Diversifiziertes Tätigkeitsspektrum

- Betriebsphase einer PPP im Krankenhaussektor ermöglicht vielfältige Einsatzmöglichkeiten des privaten Partners
  - Facility-Management
  - Versorgung mit Medizinprodukten
  - Pflegeleistungen
  - Ggf. diagnostische und therapeutische Aufgaben
- Berücksichtigung der Aufgabendelegation im PPP-Vertrag
  - Kontroll- und Weisungsrechte des öffentlichen Partners
  - Klare Verantwortungs- und Haftungsverteilung
  - Freistellungsklauseln
  - Selbsteintrittsrechte mit kurzen Reaktionszeiten



# Überblick

- Wirtschaftliche Situation
- Chancen von PPP im Krankenhaussektor
- Besonderheiten und Gestaltung von PPP im Krankenhaussektor
- Spezialfall Universitätskliniken
- Ausblick



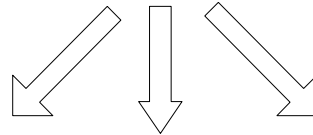
## Spezialfall Universitätskliniken: Abweichungen zu kommunalen Krankenhäusern

- Zulassung kraft Anerkennung als Hochschulklinik, nicht durch Aufnahme in Krankenhausplan
- Erweiterte Aufgabenstruktur: zusätzlich zu Krankenversorgung auch Forschung und Lehre
- Abweichende Rechtsform: i. d. R. Anstalt des öffentlichen Rechts
- Folgen für die PPP
  - Aufgabenverteilung: Forschung und Lehre verbleiben grundsätzlich bei der öffentlichen Hand, Krankenversorgung kann an privaten Partner übertragen werden
  - Übertragung bzw. Einbringung von Geschäftsbereichen oder Gesellschaftsanteilen erst nach Umwandlung in privatrechtliche Gesellschaftsform möglich



# Spezialfall Universitätskliniken: Finanzierung

3 Einkunftsquellen



## Krankenversorgung

- Zahlung der Behandlungs- und Betriebskosten i.d.R. durch die gesetzlichen Krankenkassen
- Auf der Grundlage von DRGs)

## Investitionen

- Zuschüsse der Bundesländer
- Auf der Grundlage von Landesrecht (nicht KHG)
- Bis 2019 Unterstützung durch jährliche Festbeträge des Bundes

## Forschung und Lehre

- Zuschüsse der Länder
- Drittmittel



# Überblick

- Wirtschaftliche Situation
- Chancen von PPP im Krankenhaussektor
- Besonderheiten und Gestaltung von PPP im Krankenhaussektor
- Spezialfall Universitätskliniken
- Ausblick



## Ausblick

- Bislang relativ wenige, inhaltlich begrenzte Projekte
  - Protonentherapiezentrum Essen, Partikeltherapiezentrum Kiel
- Ganzheitliche PPP aber interessante Lösungsmöglichkeit für die aktuellen wirtschaftlichen Probleme
- Geplante Änderung der Krankenhausfinanzierung
  - Umstellung von dualer auf monistische Krankenhausfinanzierung
  - Gewährung von Investitionspauschalen durch die Krankenkassen aus Mitteln der Länder (Gesundheitsfonds)
- Dadurch ggf. Steigerung der Attraktivität von PPP
  - Abbau bürokratischer Hürden bei der Inanspruchnahme der Investitionsförderung
  - Größere Flexibilität hinsichtlich der Verwendung der Investitionsmittel



# Ihr Ansprechpartner bei Freshfields Bruckhaus Deringer LLP



**Dr. Thomas Voland**

T +49 40 36 90 61 29

F +49 40 36 90 63 81 60

E [thomas.voland@freshfields.com](mailto:thomas.voland@freshfields.com)

Freshfields Bruckhaus Deringer LLP

Alsterarkaden 27

D-20354 Hamburg



**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

© Freshfields Bruckhaus Deringer LLP 2008

Diese Informationen sind nicht als umfassende Darstellung gedacht und können eine individuelle Rechtsberatung nicht ersetzen.

